

DER BUCHPRÜFUNGSBERICHT ZU DEN GEHEIMEN SCHULDEN MOSAMBIKS

IN GUEBUZAS TASCHEN?

Unter dem damaligen Präsidenten Armando Guebuza hatte Mosambik 2016 geheime Schulden in Höhe von 2,2 Mrd. US-Dollar gemacht (s. Mosambik Rundbrief 93). Auf Drängen des Internationalen Währungsfonds und der Geberstaaten, die ihre Entwicklungshilfe und Kredite bis zur vollständigen Aufklärung der illegalen Schulden einstellten, wurde mithilfe Schwedens eine internationale Buchprüfung finanziert.

Von Gottfried Wellmer

Nach zweimaligen Verschiebungen wurde der Bericht der Buchprüfer, als Kroll-Bericht bekannt, am 24. Juni 2017 in zunächst stark gekürzter Form veröffentlicht. Dem Wirtschaftsprüfungsunternehmen Kroll wurden bei aller Pflicht zu einer sorgfältigen Prüfung kaum Informationen übergeben. Es kann den Steuerzahlern Mosambiks nicht einmal die grundlegendsten Fragen beantworten: Wo ist das Geld? Wer erhielt wie viel? Wie wurde das Geld eingesetzt, zu welchem Zweck und Ziel? Die Antwort ist immer Schweigen.

Die drei vom mosambikanischen Geheimdienst SISE kontrollierten privaten Firmen (ProIndicus, MAM und Ematum) konnten oder wollten weder vollständige Jahresbilanzen noch für bestimmte Zeitspannen ihre Bankauszüge vorlegen. Selbst die von ihnen zu bezahlenden Rechnungen waren unvollständig.

KROLL BEKAM KAUM EINSICHT

Der CEO der drei Firmen, der im gekürzten Kroll-Bericht nur als „Person A“ auftritt, der aber kein anderer sein kann als der Geheimdienstler Antonio Carlos do Rosario, verwies des Öfteren auf seine Schweigepflicht über als „geheim“ klassifizierte Dokumente, über die er aus Gründen nationaler Sicherheit nicht reden dürfe. Kroll bekam so nicht die Verträge zu Gesicht, die die drei Firmen mit dem Lieferanten eingegangen waren. Es erhielt keine detaillierten Rechnungen der Lieferanten und konnte kaum genaue Berechnungen anstellen, ob die in sogenannten Rechnungen angegebenen Preise für gelieferte Ware dem tatsächlichen Wert der Ware entsprachen oder nicht.

Kroll erhielt keine glaubwürdige Einschätzung der finanziellen Position der drei Firmen, dem Prüfer lagen auch nicht die vollständigen Anleihedokumente vor: die Bedingungen der Kreditgeber und die Verpflichtungen der Kreditnehmer. Bestimmte Produkte, die den Firmen geliefert wurden, sind in den Rech-

nungen oder den Überweisungen gar nicht erwähnt. Den Leser des Kroll-Berichts packt fassungsloses Grauen und ein stetig wachsender Zorn.

Für die drei SISE-Firmen waren die Folgen des Milliardenkredits ein einziges Desaster. Ihre Geschäftsplanung sah vor, dass sie bis Dezember 2016 kombiniert einen operativen Gewinn von 2,3 Mrd. US-Dollar nachweisen könnten. Im Juni 2017 zeigte sich, dass es sich um eine völlige Fehlkalkulation gehandelt hatte. Das Management der drei Firmen durch den Geheimdienstler Antonio Carlos do Rosario versäumte es, die geplante notwendige Infrastruktur für die aufgerüstete mosambikanische Marine zu erstellen. Dem CEO und seinen Managern fehlte die berufliche Qualifikation für das Management dieser Firmen. Die drei Firmen scheinen nur eine Fassade gewesen zu sein, um den Milliardenkredit zu erhalten. Der Zweck der Kredite war definitiv nicht der Schutz Mosambiks und seiner Erdgasförderung durch eine aufgerüstete Marine, ebenso wenig der Aufbau einer Thunfisch-Fischerei und -Verarbeitung.

Die Gläubigerbanken haben zusätzlich zu den angesetzten Zinsen für den Schuldendienst noch eine sonst unübliche Risikogebühr von über 200 Mio. US-Dollar unter Hinweis auf die zu hohe Verschuldung Mosambiks einbehalten, die gar nicht erst als Kredit ausbezahlt wurden.

Die Rechnungen über die gelieferte Ausrüstung veranlassen Kroll zu der Vermutung, dass sie um 713 Mio. US-Dollar überteuert sind. Die Fischereiboote hatten nach den vorgelegten Rechnungen einen Wert von 22 Mio. pro Stück, aber im Geschäftsplan der MAM waren sie mit je 10,5 Mio. US-Dollar veranschlagt. Jedoch teilten unabhängige Experten Kroll mit, dass die zu besichtigenden Boote maximal je zwei Mio. US-Dollar wert seien. Kroll bestätigt: Die drei genannten Firmen haben kein qualifiziertes Personal, ihnen fehlt die notwendige Infrastruktur, die zu teuer angeschaffte Ausrüstung rostet ungenutzt vor sich hin.

TARNFIRMEN OHNE GEWINN

Die Thunfischfirma Ematum hat keine Lizenz zum Fischen, weder eine gekühlte Lagerhalle noch eine Verarbeitungsfabrik. Die Firma ProIndicus für maritime Sicherheit hat keinen Satelliten-Vertrag und daher kein funktionierendes Kommunikations- und Ortungssystem. Ihre Boote sind für den Mosambik-Kanal ungeeignet. Sie haben keine Waffensysteme und die deutschen Remos GX-Flugzeuge sind nur in Schönwetterzeiten einsetzbar; bei stürmischem Wetter dürfen sie keine Flüge riskieren. Die Mozambique Asset Management MAM hat nicht einmal einen Vertrag mit ihren Schwesterfirmen zur Instandhaltung der Boote. Keine der Firmen war in der Lage, Gewinne zu erwirtschaften. Man sollte die für das Management zuständigen Geheimdienstler wegen Verschwendung knapper staatlicher Ressourcen persönlich haftbar machen, meint die mosambikanische Nichtregierungsorganisation „Centro de Integridade Pública“ („Zentrum für öffentliche Integrität“).

Das Verteidigungsministerium soll angeblich zusätzlich zu seinem Jahresbudget eine Summe von 500 Mio. US-Dollar erhalten und für Waffen und Munition ausgegeben haben. Aber weder können die angeblich erworbenen Waffen/Munition vorgezeigt werden, noch hat das Ministerium je den Empfang des Geldes oder der Ausrüstung mit einer Unterschrift bestätigt. Das heißt: Von der Kreditsumme von 2,2 Mrd. US-Dollar bleibt eine Summe von etwa 1,3 Mrd., über die es keine Belege gibt. Niemand weiß angeblich, wo das Geld ist, unter wessen Kontrolle. Die Banken sagen, der ganze Kredit ist niemals an Mosambik überwiesen worden, sondern gleich auf die Konten der Herstellergruppe Prinvest, also einschließlich Abu Dabi Mar und Prinvest Shipbuilding.

IN GUEBUZAS TASCHEN?

Ist das übrig bleibende Geld von dort heimlich in die privaten Taschen des damaligen Präsi-

dentem Guebuza und seiner Klientel gewandert? Das kann laut africa confidential vom 7. Juli 2017 nicht ausgeschlossen werden. Aber Genaueres wissen wir noch nicht, weil die mosambikanische Regierung, das Finanzministerium, das Verteidigungsministerium, die Geheimpolizei SISE und auch die staatlichen und privaten Banken in Mosambik sich strikt weigerten, mit dem Buchprüfer Kroll zusammenzuarbeiten. Dabei hatte Präsident Filipe Nyusi beteuert, es sei im Eigeninteresse seiner Regierung, Antworten auf alle offenen Fragen zu geben. Kann Nyusi sich in seiner Regierung und Verwaltung nicht durchsetzen? Offensichtlich verfügt die Oberstaatsanwaltschaft nicht über so viel politische Unterstützung, dass sie die Minister, Beamten oder Bankiers zu einer völligen Offenlegung hätte zwingen können. Die Banken haben durchaus die Kapazität zur internen Kontrolle ihrer Kontenführung. Aber gegenüber Kroll waren sie genötigt, ihre angebliche Inkompetenz zu manifestieren.

Auch die internationale Buchprüfungsgesellschaft Ernst & Young, die das Geschäftsbare der drei Schuldner-Firmen überprüfte, hat bisher noch keine Rechenschaft darüber abgelegt, warum sie die Fehlkonstruktion der Firmen, die schlechte bzw. nicht existente Geschäftsführung durch SISE nicht von vornherein bemängelt hat. Ernst & Young waren Mitglieder in dem Konsortium, das die nicht bezahlbaren Kredite der Ematum in einen Eurobond umwandelte.

Fernando Lima, ein altgedienter Journalist, schrieb in einem Meinungsartikel der medi-afax: Der Kroll-Bericht „führt den Leser zur Schlussfolgerung, dass es in den Jahren 2013-2016 den Versuch gab, den demokratischen Rechtsstaat Mosambik zu vergewaltigen. Jetzt muss die Staatsanwaltschaft endlich handeln.“ Kann sie das?

CREDIT SUISSE IN DER PFLICHT

Negative Folgen sind jetzt schon absehbar. Die Geberstaaten, die vorher einen Teil des Haushalts des mosambikanischen Staates finanziert hatten, die Weltbank und Japan haben alle öffentlich erklärt, der Kroll-Bericht enthalte in seiner jetzigen Form zu dürftige Aussagen über die Nutzung und den Verbleib der zwei Mrd. US-Dollar an illegal erhobenen Krediten. Der Internationale Währungsfonds fordert von der mosambikanischen Regierung die Anhebung der Steuern, die drastische Verringerung der Staatsausgaben, z.B. das Einfrieren der Löhne, die Reduzierung öffentlicher Investitionen auf die dringendsten Projekte und Reformen der verlustbringenden Firmen im Staatsbesitz. Vor allem soll das Anwachsen



Skyline von Maputo: Die Thunfischflotte bleibt im Hafen.

Foto: CC BY-SA 2.0 Rosino

weiterer unbezahlbarer Schulden strikt vermieden werden.

Nach Kroll hat die Credit Suisse-Filiale in Großbritannien – eine der Gläubigerbanken dieser illegalen Schulden – die Verpflichtung, die sich aus den britischen Regulierungen gegen Geldwäsche ergibt, zu erhöhter Sorgfalt- und Prüfungspflicht, wann immer politisch exponierte Personen Teilnehmer an einer finanziellen Transaktion sind. Im vorliegenden Falle sind die Schuldner mosambikanische Firmen in Staatsbesitz; folglich müssen ihre exekutiven Geschäftsführer, wie der Geheimdienstler Antonio Carlos do Rosario, als politisch exponierte Personen gesehen werden. Deswegen hätte die Credit Suisse die Verpflichtung gehabt, den letztendlichen Nutznießer der Milliardenkredite und der relevanten mosambikanischen Schuldner-Firmen gemäß der britischen Geldwäsche-Regulierungen zu identifizieren. Dies ist nicht geschehen. Damit hat die Credit Suisse britisches Recht verletzt. Die zuständige britische Behörde ist die Financial Conduct Authority. Das Büro des mosambikanischen Oberstaatsanwalts kann daher laut dem Übereinkommen zu gegenseitiger Rechtshilfe die britische Behörde bitten, von der Credit Suisse die Details einer sorgfältigen Prüfung dokumentiert vorgelegt zu bekommen. Kroll fordert von der Staatsanwaltschaft auch, dass sie von den Sicherheitsdiensten Mosambiks formell Akteneinsicht in die relevanten Dokumente verlangt.

Die mosambikanische Regierung steht unter finanziellem Druck. Das Defizit des Staates wird im nächsten Jahr auf voraussichtlich 1,26 Mrd. US-Dollar anwachsen. Die Schulden des Landes, die 2015 etwa 73 Prozent des BIP ausmachten, sind 2016 auf über 100 Prozent des BIP angestiegen. Dies war teilweise eine Folge der Abwertung der nationalen Währung, teilweise aber auch Folge neuer Anleihen (600 Mio. US-Dollar aus dem Ausland, 260 Mio. US-Dollar aus dem Inland). Im nächsten Jahr will die Regierung extern 700 Mio. US-Dollar

leihen und intern 300 Mio. US-Dollar. Den Rest erhofft sie sich von ausländischen Spenden und Entwicklungshilfe. Finanzleitungen würden aber nur dann gewährt, wenn die ehemalige Regierung Guebuza und die jetzige Verwaltung alle Karten auf den Tisch legen.

Gottfried Wellmer studierte in Lesotho und Mosambik. Seit mehr als dreißig Jahren arbeitet er als freier Journalist zu Politik und Wirtschaft im Südlichen Afrika.

Der Artikel erschien erstmals in Afrika Süd 5/2017. Wir danken dem Autoren und der Afrika Süd für die freundliche Zusammenarbeit.

PETITION DER ZIVILGESELLSCHAFT ABGELEHNT

Die ständige Kommission des mosambikanischen Parlaments hat eine Petition der Zivilgesellschaft abgelehnt. Die Petition forderte, den Staatshaushalt von 2014 für verfassungswidrig zu erklären, da er verborgene Schulden enthält. Sie wurde beim Verfassungsrat von dem Forum für die Kontrolle des Haushaltes, einer Plattform der Zivilgesellschaft, mit 2000 Unterschriften eingereicht. Der Pressesprecher der Kommission des Parlaments, Mateus Katupha, sagte: „Es liegt keine Verfassungswidrigkeit vor. Es handelt sich um eine Resolution, die nicht unter die Steuerpflicht vom Verfassungsrat fällt.“ Die Opposition hingegen stimmte für die Petition. Die Renamo argumentiert, dass der Staatshaushalt illegale Schulden beinhaltet und verfassungswidrige 850 Mio. USD, die von dem mosambikanischen Thunfischunternehmen (EMATUM) aufgenommen wurden, und die Schulden nicht zu Lasten der mosambikanischen Zivilbevölkerung gehen dürften.

Quelle: DW